

A n t r a g

der Fraktion FREIE WÄHLER

EntschlieÙung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 18/4300 –

Landeshaushaltsgesetz 2023/2024

Digitalisierung unserer Landwirtschaft

I. Der Landtag stellt fest:

Der Strukturwandel ist eine herausfordernde Aufgabe in einer modernen und leistungsfähigen Landwirtschaft. Eine Kernaufgabe kommt hierbei der Digitalisierung zu. Durch sie wird der Agrarsektor, nicht zuletzt auch aufgrund des Fachkräftemangels im Bereich der Agrarwirtschaft, weiter wettbewerbsfähig und effizient bleiben können.

Digitale Lösungen werden bereits heute von Landwirten und Lohnunternehmern positiv angenommen und genutzt. Auch Roboter werden in einer Vielzahl von Betrieben in der Tierhaltung eingesetzt und verbessern das Tierwohl.

Die Landwirtschaft selbst sieht in der Digitalisierung eine Chance für die Bereiche der körperlichen Entlastung, der Zeit- und Kostenersparnis, der Qualitätssteigerung und einer Produktionseffizienz sowie in der Verringerung der Umweltbelastungen. Ein großer Vorteil wird vor allem durch eine mögliche Arbeiterleichterung und einer generellen Entbürokratisierung gesehen.

Sorge bereitet der Landwirtschaft dagegen der Schutz ihrer Daten und eine Überregulierung durch staatliche Kontrollen.

Der Landtag Rheinland-Pfalz stellt fest, dass im Austausch mit allen Akteuren, es bei der Digitalisierung in der Landwirtschaft eine nachhaltige, evaluierte und bedarfsgerechte Unterstützung braucht.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- digitale Lösungen individuell kompatibel mit den Landwirten gemeinsam zu entwickeln und an die Nutzerbedürfnisse anzupassen;
- im Dialog mit den Landwirten digitale Lösungen zur Entbürokratisierung und zum Schutz der Daten zu erarbeiten;
- Betriebe im Bereich Beratung und der Anwendung digitaler Lösungen zu unterstützen;
- ein Schnittstellenmanagement zu etablieren und „Best practice“-Anwendungen weiterzuentwickeln;
- digitale Anwendungen zu evaluieren;

- Fort- und Weiterbildung auszubauen;
- jährliche Haushaltsmittel in Höhe von 105 000 Euro einzuplanen.

Für die Fraktion:
Stephan Wefelscheid